

## Antrag

der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

### Der Epochenwechsel in Europa 1989/1990 – 35 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

In diesem Jahr feierte Deutschland den 75. Jahrestag des Grundgesetzes und damit den demokratischen Neuanfang nach dem Vernichtungskrieg Deutschlands und dem industriellen Massenmord der Shoa. Dieser war erst nur im Westen Deutschlands möglich, Deutschland und Europa wurden für Jahrzehnte getrennt. Das Grundgesetz zog seine Lehren aus der totalitären Diktatur des Nationalsozialismus und benannte insbesondere in den ersten 20 Artikeln die demokratischen und freiheitlichen Grundsätze für die Bundesrepublik Deutschland, in scharfer Abgrenzung von der sozialistischen Diktatur im Osten Deutschlands. Gleichzeitig wurde das Streben nach der Einheit Verfassungsauftrag. Dank der Friedlichen Revolution wurde dann vor 35 Jahren möglich, was Lange undenkbar schien – Deutschland frei und geeint. Europa wuchs zusammen.

Im Jahr 1989 vollzog sich mit der Friedlichen Revolution in der DDR und der ihr folgenden Deutschen Einheit 1990 nicht nur für Deutschland ein zentraler Umbruch und Aufbruch, sondern in ganz Europa und darüber hinaus. Die Friedliche Revolution in der DDR gehört in den Zusammenhang einer mitteleuropäischen Revolution, die in Polen und Ungarn begann und sich dann in der DDR, der Tschechoslowakei, in Rumänien und Bulgarien fortsetzte. Schon vorher entstand in den baltischen Staaten eine die ganze Gesellschaft umfassende Bewegung, welche die Unabhängigkeit ihrer Länder anstrebte. In jedem dieser Länder hatten diese Umbrüche ihre eigene lange Vorgeschichte und spezifische Entwicklung, und doch müssen sie in ihrer Dynamik 1989 im Zusammenhang betrachtet werden.

Bereits Jahrzehnte vor den Revolutionen und Umbrüchen 1989/90 bestanden in Ost- und Mitteleuropa unter anderem mit dem Volksaufstand am 17. Juni 1953 in der DDR, dem ungarischen Volksaufstand im Oktober 1956, dem Prager-Frühling im August 1968 und mit der Gründung der freien Gewerkschaft Solidarnosc 1980 in Polen, deren Gewerkschaftsführer im Jahr darauf inhaftiert wurden, bedeutende Freiheitsbewegungen, die jedoch stets von den Regimen unterdrückt und niedergeschlagen wurden.

Eine zentrale gemeinsame Dimension war der Wille zum friedlichen Übergang von der kommunistischen Diktatur zu Demokratie und Selbstbestimmung. Zum Symbol dafür wurde der „Runde Tisch“, in Polen zuerst und beispielgebend etabliert. Die kommunistischen Regime in Polen, Ungarn, in Rumänien, Bulgarien und der DDR waren durch den Druck der Massen schließlich bereit, mit den neuen demokratischen Kräften über den Weg zu freien Wahlen zu verhandeln. Wichtig war zuvor die Entwicklung in der Sowjetunion selbst, wo mit Michail Gorbatschows Glasnost und Perestroika ein vorsichtiger Demokratisierungsprozess begonnen hatte. Gleichzeitig waren durch ihn gemeinsam mit den USA weitreichende Abrüstungsschritte möglich geworden. Die Bundesregierung unter Helmut Kohl unterstützte die ungarische Regierung maßgeblich, um ihren Öffnungskurs zu verfolgen und die DDR-Flüchtlinge in den Westen zu lassen. Die massenhafte Flucht von DDR-Bürgern über Ungarn, aber auch über Polen, wo mit Tadeusz Mazowiecki erstmalig ein nichtkommunistischer Ministerpräsident regierte, und über die besetzte Botschaft in Prag destabilisierte die immer mehr marode SED-Herrschaft zunehmend. Die Verkündung Hans-Dietrich Genschers in der Prager Botschaft, dass die dorthin Geflüchteten in die Bundesrepublik ausreisen dürfen, wurde zu einem Symbol.

Der Sieg von Freiheit und Demokratie 1989 in den Staaten Ostmittel- und Südosteuropas veränderte ganz Europa. Mit freien Wahlen 1989/90 entstanden in Polen, Ungarn, der Tschechoslowakei, in Rumänien, Bulgarien und in der DDR demokratische Staaten. Die beiden deutschen Staaten – die nun demokratische DDR und die Bundesrepublik Deutschland – führten Verhandlungen zur deutschen Einheit – miteinander und mit den Alliierten des Zweiten Weltkrieges, um die volle Souveränität des vereinten Deutschlands zu erlangen. Diese wurde zum 3. Oktober 1990 vollzogen. In der Sowjetunion hatte es schon 1988/89 insbesondere in den baltischen Staaten und auf dem Kaukasus gegärt, die Gesellschaften, neue und teilweise sogar die führenden regionalen kommunistischen Parteien wollten in den verschiedenen Republiken Selbstbestimmung, Unabhängigkeit und Demokratie. Am Ende stand 1991 unter aktiver Mitwirkung des russischen Präsidenten Boris Jelzin die Auflösung der Sowjetunion und die Unabhängigkeit der ehemaligen 15 Sowjetrepubliken. Schon im November 1990 hatten die Mitgliedsstaaten der KSZE in der „Charta von Paris“ sich zu den Menschenrechten und dem internationalen Recht bekannt und verpflichtet, Konflikte friedlich beizulegen. Ost und West reichten sich die Hände.

Selbstverständlich hatten die Umbrüche des Jahres 1989 im Osten Europas verschiedene Ursachen, deren gemeinsame Wirkung zum Sturz der kommunistischen Regime und damit zum Ende des Kalten Krieges führte. Dazu gehörte sowohl die mehr und mehr desolante wirtschaftliche und finanzielle Situation der Sowjetunion und ihrer Bündnisstaaten, die konsequente Sicherheitspolitik der Nato sowie der KSZE-Prozess mit seinen Prinzipien, in welchen die friedliche Ko-Existenz der europäischen Staaten in sicheren Grenzen anerkannt wurde, die wirtschaftliche Kooperation gefördert und ein kontinuierlicher den Dialog in humanitären Fragen geführt wurde.

Vor allem aber sind diese Umbrüche der zunehmenden Zahl von Menschen aller Gesellschaftsschichten zu verdanken, die ihrer zunehmenden Unzufriedenheit über die Unfreiheit, den Mangel an Mitbestimmung, die desaströse wirtschaftliche und ökologische Lage zum Teil geheim aber auch immer stärker öffentlich Ausdruck verliehen. Viele von ihnen formten oppositionelle Initiativen und Bewegungen, die zum Ausgangspunkt von Massenbewegungen wurden, welche die Krisensituation der kommunistischen Regime nutzten, um Freiheit und Demokratie durchzusetzen. Von zentraler Bedeutung war dabei, dass die Sowjetunion unter Gorbatschow zwar in Litauen und im Kaukasus, aber außerhalb ihres Staatsgebietes nicht mehr Panzer rollen ließ, um den

Demokratisierungsprozess in den Bündnisstaaten niederzuschlagen. Gorbatschow proklamierte die Freiheit der Wahl auch für die Verbündeten der Sowjetunion und hob damit schon in der Rede vor der UNO-Vollversammlung im Dezember 1988 die sogenannte Breschnew-Doktrin auf.

### **Ostdeutschland als Motor des deutschen Einigungsprozesses**

In jedem der betroffenen Länder entwickelte sich dieser Prozess unterschiedlich. Er hatte jeweils eine oft lange Vorgeschichte und seine eigene Dynamik. In vielen dieser Länder wird diese Geschichte des Umbruchs von den verschiedenen politischen Kräften unterschiedlich beschrieben – oft gibt es bis heute zu den konkreten Ereignissen unterschiedliche Bewertungen.

Auch die Friedliche Revolution in der DDR, also jene Zeit zwischen Frühjahr 1989 und den ersten freien Wahlen am 18. März 1990, in der die Bürgerinnen und Bürger der DDR dem SED-Regime die Macht abrangen, kam nicht von ungefähr. Sie hatte eine lange Vorgeschichte. Die Geschichte der Revolution als Akt der demokratischen Emanzipation von Menschen als Bürgerinnen und Bürger kann nicht erzählt werden, ohne ihre Wurzeln in der Umwelt- und Friedensbewegung hervorzuheben. In dieser Bewegung in der DDR richteten sich oppositionelle Gruppen trotz staatlicher Verfolgung gegen Militarisierung der Gesellschaft, gegen Umweltzerstörung und den Verfall der Städte. Im Frühjahr 1989 hatte die inzwischen gut vernetzte Opposition in der DDR erstmalig die Wahlfälschung nachweisen können. Das Risiko Einzelner um ihre Freiheit, Leben und Gesundheit gehört genauso zur Geschichte wie der Mut vieler, die im Frühjahr 1989 gegen die massiven Wahlfälschungen protestierten, die an den Friedensgebeten teilnahmen, über die grünen Grenzen oder die Botschaften das Land verließen, im Herbst zu Hunderttausenden unter anderem in Plauen, Dresden, Leipzig und Berlin auf den Straßen friedlich demonstrierten oder sich mit der Erstürmung der Stasi-Zentralen im Januar wieder der eigenen Akten und damit der Deutung über das eigene Leben ermächtigten. Besonders hervorzuheben ist hierbei das Wirken der Bürgerrechtlerinnen und Bürgerrechtler, die in den 80er Jahren in lokalen Oppositionsgruppen wirkten - viele von ihnen im Raum der Kirche - und sich zunehmend vernetzen. 1989 gründeten sich verschiedene demokratische Initiativen und Parteien, wie das Neue Forum, die SDP, Demokratie Jetzt, die Initiative Frieden und Menschenrechte und den Demokratischen Aufbruch. Ihr mit Repressionen verbundenes, bedeutendes Engagement für Bürgerrechte und Freiheit in der DDR, wie auch ihr oft bis in die Gegenwart reichendes Wirken für die Aufarbeitung der SED-Diktatur ist in besonderer Weise zu würdigen.

Es ist dabei von zentraler Bedeutung, dass die Menschen selbst in der DDR in der Friedlichen Revolution die Diktatur überwunden und sich eigenständig demokratisiert haben. Durch das Handeln der neuen demokratischen Initiativen und Parteien, die Großdemonstrationen und Runden Tische wurde der gewaltlose Weg zu demokratischen Wahlen bereitet.

Wir haben auch im geeinten Deutschland noch keine gemeinsame Erzählung zu diesen für unser Land so wichtigen Ereignissen und Geschehnissen gefunden. Oft wird die Friedliche Revolution nur als Vorgeschichte der Deutschen Einheit angesehen, die dann im wesentlichen Dank des entschlossenen Handelns von Kanzler Helmut Kohl geschaffen wurde. In dieser Erzählung droht dann leicht der aktive Anteil der Ostdeutschen ins Hintertreffen zu geraten, die sich nur noch als Objekt des Geschehens wiederfinden. Die heutige Gedenkkultur stellt den Mauerfall vom 9. November 1989 vielfach so dar, als wäre mit diesem überraschenden Ereignis die Deutsche Einheit nicht nur auf die politische Tagesordnung gekommen, sondern schon auf den sicheren Weg gebracht.

In den Wochen und Monaten nach dem Einreißen der Mauer wurde der überwältigende Wille der großen Mehrheit der DDR-Bürger zur deutschen Einheit immer klarer. So war die öffentliche Debatte immer mehr davon bestimmt, wie dieser Weg in die Einheit zu gestalten wäre. Angesichts der großen Unterschiede der Gesellschaften in Ost und West galt es, die konkreten Bedingungen der Vereinigung auszuhandeln. Doch gab es noch keine legitimierte DDR-Regierung, die für die Ostdeutschen hätte verhandeln können. Es brauchte erst eine freie Wahl in der DDR, die dann am 18. März 1990 stattfand, nachdem am Zentralen Runden Tisch die Bedingungen dafür ausgehandelt worden waren und die Bildung einer demokratischen Regierung. Insofern war die Schaffung einer Demokratie von zentraler Voraussetzung für die Einheit. Der Weg zur deutschen Einheit führte über die Selbstdemokratisierung der Ostdeutschen und eine dann wirklich demokratische DDR. Erst diese konnte dann schließlich legitimiert die nötigen Verhandlungen zur deutschen Einheit führen.

Die frei gewählte Volkskammer und die demokratische DDR-Regierung standen vor gewaltigen Aufgaben. Sie mussten die Verhandlungen zur deutschen Einheit vorbereiten und diese im Interesse ihrer Bürger führen. Gleichzeitig jedoch galt es, die kommunistisch geprägten Verhältnisse in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft der DDR umzugestalten und zu demokratisieren. Damit hatten der Zentrale Runde Tisch und auch die vielen regionalen Runde Tische vorsichtig begonnen, etwa mit der Entmachtung der Staatssicherheit. Doch musste dieser Prozess nun sehr grundlegend und konzeptionell so vorangetrieben werden, dass er auch mit den Strukturen in der Bundesrepublik kompatibel war. Dazu gehörte u.a. die Gewaltenteilung zu etablieren und die Strukturen der Rechtsstaatlichkeit zu schaffen sowie auch die Wiedererrichtung der Länder vorzubereiten. Schon am Runden Tisch wie dann der in der Volkskammer gab es zudem die ersten Initiativen zur Aufarbeitung der Vergangenheit. Hier schon wurde gegen manchen Widerstand im Westen beschlossen, die Akten der Staatssicherheit für die Opfer und die Medien zugänglich zu machen.

Der SED-Staat hatte sich nie zu Schuld und Verantwortung der Deutschen im Nationalsozialismus bekannt. Erst die demokratisch gewählte Volkskammer der DDR bekannte sich gleich zu Beginn ihrer Arbeit am 12. April 1990 in einer international beachteten Erklärung (Drucksache 4) zur Mitverantwortung der Deutschen in der DDR für Demütigung, Vertreibung und Ermordung jüdischer Menschen. So trat sie für die dauerhafte Unverletzlichkeit und Anerkennung der polnischen Westgrenze ein. Schon am Zentralen Runden Tisch war die Aufnahme von Juden aus der Sowjetunion gefordert worden. Die Regierung setzte dies dann nach der freien Wahl gegen manche Widerstände auch um und damit begann die Einwanderung von heute mehr als 200 000 Juden aus der Sowjetunion bzw. ihren Nachfolgestaaten nach Deutschland. 1991, nach der Vereinigung, wurden die dafür von der demokratischen DDR-Regierung geschaffenen Einwanderungsbestimmungen durch die rechtliche Regelung als sogenannte Kontingentflüchtlinge fortgesetzt.

Die Geschichte einer verhandelten Einheit, in welcher auch die Ostdeutschen Subjekt und Akteur dieses Prozesses sind, wird bis heute weithin nicht erzählt. Mehr als bisher gilt es, den Prozess der deutschen Einheit als Selbstbestimmungsprozess der Ostdeutschen und als Verhandlungsprozess zu beschreiben und ernst zu nehmen. Mit Ausnahme des Zwei-plus-Vier-Vertrages sind diese Verhandlungen bis heute nicht einmal wirklich erforscht und dargestellt. Hier liegt für die historische Forschung ein noch weites Betätigungsfeld. Erst eine genauere Betrachtung dieser Verhandlungen angesichts der Dynamik der Entwicklungen lässt dann ein differenzierteres Urteil über den Prozess der Einheit zu, über seine Errungenschaften und wie auch seine Fehler.

Nur so können auch heute noch oft verbreitete pauschale Bewertungen überwunden werden.

Schon mit der Etablierung des Zentralen Runden Tisches im Dezember 1989 trat die DDR-Opposition für die Erarbeitung einer neuen Verfassung ein, eine Kommission des Runden Tisches begann mit ihrer Erarbeitung. Die im März 1990 frei gewählte Volkskammer entschied sich jedoch in der breiten Mehrheit, sich auf die Verhandlungen zur deutschen Einheit zu konzentrieren und den bis Anfang April 1990 erarbeiteten Verfassungsentwurf einer eigenen DDR-Verfassung nicht mehr aufzugreifen. Es gab einen breiten Konsens, dass die Einheit nach den Verhandlungen und den entsprechenden Verträgen rechtlich als Beitritt nach Art. 23 GG vollzogen werden sollte. Viele empfanden es jedoch als schwere Enttäuschung, dass die damalige Bundesregierung nicht bereit war, sich auf einen gemeinsamen Verfassungsgebungsprozess auf der Grundlage des Grundgesetzes einzulassen und dann allen Deutschen in Ost und West die Möglichkeit zu geben, über diese neue Verfassung abzustimmen. So wären die Ostdeutschen nicht nur Hinzugekommene gewesen, sondern gleichberechtigte Mitakteure in diesem Abstimmungsprozess.

Festzuhalten bleibt jedoch und ist für das Selbstverständnis der ehemaligen DDR-Bürger von großer Bedeutung zu verstehen, dass Friedliche Revolution und Deutsche Einheit nicht ein Schicksal waren, das sie erlitt, sondern sie selbst Subjekt und Handelnde in diesem für das vereinte Deutschland und Europa so wichtigen Prozess waren.

Die Herstellung der deutschen Einheit 1990 - 45 Jahre nachdem wir Deutschen so viel Tod und Schrecken über ganz Europa gebracht haben, anerkannt von den ehemaligen Alliierten des Zweiten Weltkrieges und von den europäischen Nachbarn und Partnern - wurde zur Glücksstunde der Deutschen im 20. Jahrhundert. Daran hatten die Ostdeutschen einen zentralen Anteil. Dass dies stärker als bisher wahrgenommen wird und sich auch im öffentlichen Gedenken abbildet, hat für das Selbstbewusstsein der Ostdeutschen eine wesentliche Bedeutung.

### **Aufarbeitung von Vergangenheit**

Nach dem Ende des Kalten Krieges und der kommunistischen Diktatur standen die neuen Demokratien mit der notwendigen staatlichen und gesellschaftlichen Transformation vor der großen Herausforderung, diese Diktaturen, ihre Geschichte und Nachwirkungen aufzuarbeiten. Dazu gehörte insbesondere die Würdigung der Opfer und die Frage des Umgangs mit den Verantwortlichen für die Verbrechen und das Unrecht der Vergangenheit.

Schon in der Zeit der demokratischen DDR nach der freien Wahl begann die Volkskammer 1990, sich diesen Aufgaben zuzuwenden, so trat sie für die Öffnung der Akten des Repressionssystems und der Staatssicherheit ein. Mit der Einsetzung eines Bundesbeauftragten für die Unterlagen der Staatssicherheit, den Rehabilitierungsgesetzen und der Einrichtung zweier Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages nahm das vereinte Deutschland mit beachtlichen Anstrengungen diese Herausforderung an. Entsprechend den Empfehlungen der 2. Enquete-Kommission schuf der Deutsche Bundestag die „Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur“ und erarbeitete eine Gedenkstättenkonzeption, durch welche nun Gedenkstätten und authentische Orte beider Diktaturen, des Nationalsozialismus und des Kommunismus, in ganz Deutschland gefördert werden. Sowohl die „Bundesstiftung Aufarbeitung“ wie der „Bundesbeauftragte“ wurden aktiv in der Zusammenarbeit und Vernetzung mit anderen Institutionen in Europa, die sich ähnlichen Aufgaben in anderen Ländern widmen. Diese internationale Arbeit ist wichtig und muss weiter ausgebaut werden, wird doch gerade erst in der Gesamtsicht der Charakter des kommunistischen Systems erkennbar. Mit der Übertragung der Aufgaben des Bundesbeauftragten für die

Stasiunterlagen an das Bundesarchiv wurde beim Bundestag die neue Institution einer Bundesbeauftragten für die Opfer der SED-Diktatur geschaffen, welche mit großem Engagement der Verantwortung für die Opfer eine Stimme gibt und ihre Interessen ins politische Gespräch bringt. Ihren Forderungen entsprechend sollte zu den bevorstehenden 35. Jahrestagen die seit Jahren geforderte Umkehrung der Beweislast bei der Anerkennung gesundheitlicher Schäden beschlossen werden, wie sie bei den NS-Opfern seit langem Praxis ist.

Darüber hinaus sollen die zentralen vom Bundestag beschlossenen Projekte des Denkmals zur Erinnerung und Mahnung an die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft in Deutschland sowie des Baus des Freiheits- und Einheitsdenkmals weiter vorangetrieben werden.

Schon die zweite Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages hatte 1998 empfohlen, in einer eigenständigen Institution an Opposition und Widerstand in der SBZ und DDR zu erinnern. In den letzten Jahren wurde die Errichtung eines „Forums Opposition und Widerstand 1945 – 1990“ vorbereitet. Opposition und Widerstand in der SBZ begannen unmittelbar nach dem Krieg und endeten mit der siegreichen Friedlichen Revolution in der DDR. Sie gehören in die deutsche Freiheitsgeschichte der beiden letzten Jahrhunderte. Dieses Forum soll eine Dauerausstellung, die Möglichkeit für Wechselausstellungen, Bibliothek, ein Archiv und Ressourcen für Forschung und Bildungsarbeit erhalten. Es sollte mit den verschiedenen, oft privatrechtlichen Institutionen, die sich diesem Themenfeld widmen eng vernetzt sein. Dieses Forum sollte in öffentlicher Trägerschaft in Berlin entstehen. Die Finanzierung dieses Forums sollte mit dem Bundeshaushalt 2025 beginnen.

Das geplante Zukunftszentrum für Deutsche Einheit und Europäische Transformation in Halle (Saale) soll in einem breiten Diskurs vor allem auch für jüngere Generationen die oft komplexen Entwicklungen und Veränderungen in Ostdeutschland seit 1989 differenziert als eine grundlegende und in die Zukunft gerichtete Erfahrung für ganz Deutschland sichtbar machen. Im Fokus stehen dabei auch vergleichbare Veränderungen in den anderen Ländern mit kommunistischer Vergangenheit und der Aufbau eines engen Dialogs insbesondere mit den Mittel- und Osteuropäischen Staaten. Mit dem Zukunftszentrum wird ein dauerhafter Raum für den Diskurs zwischen Ost und West sowie zwischen den Generationen geschaffen, der aus den Erfahrungen der Transformationsjahre Schlussfolgerungen für die Zukunft eines einigen Deutschlands und Europas zieht.

### **Demokratie – Grundlage und Herausforderung**

Die Opposition in der DDR der 70er und 80er Jahre sowie die Friedliche Revolution in der DDR hatten vor allem eine Demokratisierung der DDR zum Ziel. Erst als sich mit dem Fall der Mauer und den Umbrüchen des Jahres 1989 in Mitteleuropa realistische Perspektiven auch auf die deutsche Einheit eröffneten, wurde sie zum zentralen Ziel der Friedlichen Revolution und der Deutschen in Ost und West. Schon vorher hatten in den 80er Jahren wichtige Vertreter der Solidarnosc in Polen die deutsche Einheit als wichtige Bedingung für den eigenen Weg Richtung Westen benannt. In Polen und Ungarn wurde mit der Demokratisierung des eigenen Landes schon früh ein „Zurück nach Europa“ gefordert. Dabei wurde „Europa“ einerseits zum Symbol für Freiheit und Demokratie, für die liberalen Werte UN-Charta und der Menschenrechte, andererseits aber suchte man den Anschluss an die „Europäischen Gemeinschaften“ als Institutionen, in welchen diese Werte gesichert sind. Der Sieg von Freiheit und Demokratie 1989/90, die Überwindung des Kommunismus war damit sehr schnell verbunden mit dem Streben nach der deutschen Einheit in

der DDR, mit dem Streben nach der Integration in die Europäischen Gemeinschaften.

Gleichzeitig hatte vielfach der Wunsch nach Selbstbestimmung und Demokratie auch eine nationale Dimension. Das galt einerseits besonders für die Vielvölkerstaaten Sowjetunion und Jugoslawien, aber auch für die Bündnisstaaten der Sowjetunion, für die die nationale Souveränität eine besondere Rolle spielte. In diesen Zusammenhang gehört auch die friedliche Trennung der Tschechoslowakei und die Entstehung der unabhängigen Staaten Tschechien und Slowakei.

Schon früh gab es dann in den sich demokratisierenden Ländern in der Gesellschaft ein Anwachsen von Nationalismus und Ausländerfeindlichkeit. So wuchs in der Sowjetunion der Druck auf Juden, so dass Abertausende schließlich auswanderten. Nach der Friedlichen Revolution in der DDR gab es den Wunsch vieler Juden in der Sowjetunion, auch in die DDR auszuwandern. Schon der Zentrale Runde Tisch beschloss im Februar 1990, offen für dieses Begehren zu sein. Die demokratische, frei gewählte Volkskammer beschloss am 12. April 1990, dafür Möglichkeiten zu schaffen und die DDR-Regierung setzte dies um, so dass bis zur Vereinigung am 3. Oktober 1990 knapp 3000 Juden eingewandert waren. Nachdem die damalige Bundesregierung dieser Entscheidung gegenüber anfangs kritisch gegenüberstand, da sie die Bundesrepublik nicht als Einwanderungsland ansah, setzte sie jedoch die Ermöglichung dieser Zuwanderung aus der Sowjetunion – und später ihrer Nachfolgestaaten – fort und schuf 1991 die Regelung der „Kontingentflüchtlinge“. Mehr als 200.000 Juden kamen schließlich nach Deutschland. So hatte die Entscheidung der demokratischen DDR für das geeinte Deutschland segensreiche Folgen. Ohne sie gäbe es heute nicht das reiche und breit gefächerte jüdische Leben in Deutschland, über das wir froh sind.

Auch in der DDR gab es schon Ausländerhass und Fremdenfeindlichkeit. Selbst bei den friedlichen Großdemonstrationen des Herbstes 1989 konnten etwa Vertragsarbeiter aus Mosambik solche Erfahrungen machen. Anfang der 1990er, während der Baseballschlägerjahre, führten ausländerfeindliche Ausbrüche und rechte Gewalt in Rostock, Hoyerswerda und andernorts zu öffentlichem Erschrecken. Schnell entwickelten sich auch in Ostdeutschland rechte Strukturen, wobei die Drahtzieher vielfach aus dem Westen kamen. Wie in anderen postkommunistischen Staaten nicht nur Mitteleuropas entstanden auch in der DDR rechtspopulistische und nationalistische gesellschaftliche Kräfte, die die grundlegenden Werte der Europäischen Union und des Grundgesetzes infrage stellen.

Gleichwohl ist diese populistische Infragestellung der freiheitlichen Grundwerte nicht nur ein postkommunistisches Phänomen. Die Entwicklungen in Frankreich, den Niederlanden, Italien und nicht zuletzt in den USA machen deutlich, dass die Demokratie heute in einer Weise unter Druck steht, wie man es vor 35 Jahren nicht für möglich gehalten hätte.

Gerade in den letzten Jahren wird mehr und mehr deutlich: Die durch den Freiheitswillen der Menschen in Mitteleuropa und der DDR errungene Demokratie, die Europa in der Folge zusammenwachsen ließ, muss gesichert und verteidigt werden – innerhalb Deutschlands und der Europäischen Union wie gegenüber den Feinden von außerhalb, insbesondere vor Russland. Hier ist eine strategische Zusammenarbeit von EU und NATO von größter Bedeutung.

Eine wehrhafte Demokratie zu schaffen, ist eine gemeinsame Herausforderung in Deutschland und Europa. Um hier erfolgreich zu sein, braucht es einen starken gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Gewissheit, dass unsere Werte auch in Zukunft tragfähig sind, sowie den gemeinsamen Willen, sie zu verteidigen.

## II. Der Deutsche Bundestag

- bestätigt, erneuert und bekräftigt seine Aussagen zur Würdigung der Friedlichen Revolution zum 30. Jahrestag (Drucksache 18/106173),
- würdigt die wichtige Arbeit der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur,
- würdigt die Arbeit der „Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik“ Herrn Joachim Gauck, Frau Marianne Birthler und Herrn Roland Jahn und der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Stasi-Unterlagen-Archivs,
- würdigt die Arbeit der Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur in Sachsen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen und Berlin sowie der Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur Brandenburg,
- würdigt die Arbeit der Bundesbeauftragten für die Opfer der SED-Diktatur beim Deutschen Bundestag, Frau Evelyn Zupke,
- würdigt insbesondere die Arbeit und ausgesprochenen Empfehlungen der SED-Opferbeauftragten im Rahmen der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze und wird diese im Rahmen der parlamentarischen Befassung besondere Beachtung schenken,
- würdigt die Arbeit der Gedenkstätten und Lernorte zur Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur in Deutschland,
- würdigt das jahrelange Eintreten und beharrliche Arbeiten der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft und ihrer Mitgliedsverbände für die Opfer sowie der zahlreichen weiteren ehrenamtlichen Engagierten in zivilgesellschaftlichen Organisationen.

## III. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel auf,

- die Erinnerungskultur in Bezug der Geschichte von SBZ und DDR zwischen 1945 und 1990 zu stärken, insbesondere mit Ausrichtung auf die gemeinsame deutsche Demokratiegeschichte,
- das geplante „Forum Opposition und Widerstand 1949-1990“ einzurichten und es in die Gedenkstättenkonzeption des Bundes einzubinden,
- die Arbeit und die bauliche Errichtung des Zukunftszentrums für Deutsche Einheit und Europäische Transformation weiterhin aktiv zu unterstützen und auf Grundlage der existierenden Vorplanungen weiterzuentwickeln,
- die Transformation des Stasi-Unterlagen-Archivs in das Bundesarchiv weiter voranzutreiben, insbesondere die Außenstandorte des Bundesarchivs finanziell und baulich auszustatten,
- die Forschung im Bereich DDR und SED-Unrecht weiter zu finanzieren und zu stärken.

Berlin, den 5. November 2024

**Dr. Rolf Mützenich und Fraktion**

**Katharina Dröge, Britta Haßelmann und Fraktion**

**Christian Dürr und Fraktion**

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt